

Verkaufsstelle  
wöchentlich mit Ausnahme der  
Sonntags- und Feiertage.  
Abonnementpreis  
monatlich 60 J., vierteljährlich 1.50 J.  
annum. frei ins Haus. Durch  
die Post bezogen 1.65 J.  
Die Neue Welt  
Herausgeber (Verleger), durch  
die Post nicht bezahlbar, folgt  
monatlich 10 J. vierteljährlich 30 J.

# Die Neue Welt

Insertionsgebühr  
Betrag für die gesondelten  
Beiträge oder deren Raum  
15 J. für Wohnungs-,  
Beirats- und Veranlagungs-  
anzeigen 10 J.  
Inserate für die fällige  
Nummer müssen höchstens bis  
vermittlungs 10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben sein.  
Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste unter Nr. 7057.

## Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Silbergasse.  
Telegraphen-Adresse: Weltblatt Halleaale.  
Herausgeber: Fritz Wehrheit und Redt.

Nr. 278.

Donnerstag den 28. November 1895.

6. Jahrg.

### Politik und Geschäft.

Es ist eine oft bewiesene Tatsache, daß den bürgerlichen „Politikern“ die Politik nur ein Geschäft ist, aus dem sie für sich möglichst großen Vorteil zu ziehen suchen. Einen neuen Weg für diese alte Tatsache erbringt der Vorwärt durch Veröffentlichung des folgenden Artikels:  
Aus Paris kommt die Kunde, daß dem französischen Parlament eine Regierungsvorlage zugegangen ist, wonach ein Volksvertreter fernest nicht mehr Mitglied der Diktion oder des Ausschusses von Aktienunternehmungen sein darf. Man glaubt vor, dadurch dem Panama-Schwindel den Garaus zu machen. In diesem Augenblick, wo das Damoklesschwert des Aristokratischen Wahlrechts über den Häuptern der im Parlament sitzenden „Panamisten“ schwebt, ist Ausschluß vorhanden, daß das Ministerium Bourgeois seine Vorlage durchbringt. Aber nicht wird ein solches Gesetz nicht, weil die ganze bürgerliche Gesellschaft in Frankreich und anderswo nichts weiter als ein gewaltiges „Panama“ darstellt. Den Augenschein der Bourgeoisie zu reinigen, dazu ist nur der eierne Befehl des Sozialismus im Stande und so lange die herrschenden Gesellschaftsmächte am Ruder sind, so lange wird auch die Panamagellschaft blühen, wachsen und gedeihen. Man braucht übrigens nicht in die „wilden Länder“ zu gehen, um festzustellen, daß die „ehrenwerte“ Bourgeoisie ihre Stellen in der Gesetzgebung und Verwaltung dazu benutzt, um sich finanzielle Vorteile zu verschaffen. Auch in Deutschland wird dieses Geschäft mit Eifer und Geschick betrieben, und wenn sich die Mitglieder des Reichstages und der Landtage in den Einzelstaaten bei ihrem Eintritt einer Untersuchung auf Ausschüßstellen unterwerfen müßten, wir sind sicher, daß jede unserer gelegentlichen Versammlungen eine stattliche Anzahl dieser Spezies aufweisen könnte. So wie im Reich und im Staat ist natürlich auch in der Gemeinde. Auch die unbelohnte Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung kann vielfach im Interesse kapitalistischer Aktien-Unternehmungen fruchtbar werden. Aktien-Gesellschaften, welche zum Beispiel Verkehrsanlagen, Straßen- und Häuserbau, Unterbringung von städtischen Anleihen, Hypotheken- und Terrängengeschäfte, Brauereien u. s. w. betreiben, können durch die Anwesenheit ihrer Ausschüßratsmitglieder in städtischen Verwaltungen enorme materielle Vorteile erzielen. Die Strampullosigkeit der Bourgeoisie in Selbstsachen läßt es zu, daß Männer Mandate für kommunale Körperschaften übernehmen, welche in direkten geschäftlichen Verkehr mit den Aktien-Unternehmungen treten, deren finanzielle Interessen sie in ihrer Eigenschaft als Amtleute beziehungsweise Ausschüßratsmitglieder zu wahren und vertreten verpflichtet sind. Da nicht unangehen ist, daß die an der Spitze der städtischen Regierungen stehenden Ausschüßräte von Aktien-Gesellschaften wie Papageno ein Schloß vor dem Winde tragen, so werden wir nicht fehlgehen bei der Annahme, daß in gar manchen Fällen das Privatkapital sichere Mitwirkung und gute Unterlagen für seine geschäftlichen und spekulativen Transaktionen besitzt.  
Sehr instruktiv und interessant sind die Verhältnisse in

dieser Beziehung in der Reichshauptstadt, deren Bourgeoisie bekanntlich in puncto Selbstlosigkeit und Fürsorge für die ärmeren Mitbürger unübertroffen dasteht.

So sagen wenigstens gewisse Herren stets, wenn sie wegen ihrer ausdehnenden Verwaltungspolitik angegriffen werden.

Wir sehen schon, wie uniere braven freimüthig national-liberalen Stadträte in ungenügender Entrüstung sich in die Brust werfen und uns auf die Bestimmung der Städte-Ordnung verweisen, wonach kein Mitglied des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung in einer persönlichen Interessen betreffenden Angelegenheit mitwirken darf. Gemacht, ihr Herren, nicht auf die eigene Stimme kommt es an, sondern darauf, daß eine Einwirkung auf das Kollegium — je privater, je intensiver — möglich ist. Angeht es doch die soeben vollzogene Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung sowie der nächsten stattfindenden Ergänzungswahlen für den Magistrat bringen wir zu Ruh und Frommen der Bürgergesellschaft zur öffentlichen Kenntnis, wer von den Berliner Stadträten gleichzeitig der Kommune als Vertreter und dem Privatkapital als Ausschüßrat seine Dienste weicht!

Wir heben diejenigen Gesellschaften, welche nach unserer Meinung mit der Stadt in geschäftlichen Beziehungen stehen oder dazu gelangen können, unter Angabe der Gründe durch härteren Druck hervor. Erre, dem Erre gebührt; deshalb erhält der Magistrat den Vortritt. Zur Zeit amtieren 15 unbelohnte Stadträte im Magistrat, von diesen kommen folgende neun Herren in Betracht:

- Stadtrat Paul, Ausschüßrat: Deutsche Grund-Kredit-Bank Gotha, Diskonto-Gesellschaft Berlin, Oeffenbacher Bergwerke Aktien-Gesellschaft, Große Berliner Werdebahn-Gesellschaft. Bei diesen Unternehmen treten die Gelegenheiten zwischen der Stadt und der Gesellschaft besonders scharf hervor.
- Marienburg-Magdeburger Eisenbahn, Dortmunder Union, Judentabakfabrik.
- Stadtrat Sünder: Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau und Zechenbau vorm. Heterich. Ist für die Stadt mit Verwaltungen beschäftigt.
- Stadtrat Kochmann: Stellvertretendes Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbahn.
- Stadtrat Wamrecht: Nationalbank für Deutschland in Berlin. Kommt bei Vergütung der städtischen Anleihen in Frage.
- Stadtrat Müllers: Große Berliner Transport-Gesellschaft. Hat Bekannungsinteressen.
- Stadtrat Wagner: Baugesellschaft Kaiser Wilhelmstraße, Berlin. Hat Bekannungsinteressen.
- Stadtrat Müller, Berlin. Chemische Fabrik vormals Schering, Berlin. Hypothekendar Hamburg.
- Stadtrat Schäfer: Berliner Jute-Spinnerei und Weberei, Hildorf. Hat Bekannungsinteressen.
- Stadtrat Berliner Kunstbrud und Verlags Anstalt vorm. A. u. C. Neumann.
- Stadtrat Struwe: Deutsche Genossenschaftsbank Sögel, Barßhau u. A.
- Stadtrat Dr. Weigert: Nationalbank für Deutschland in Berlin. Kommt bei Vergütung der städtischen Anleihen in Frage.

Für die Wahl zum Stadtrat kandidiert mit starker Aussicht auf Erfolg Herr Bankdirektor Kämpf, der vom

1. Januar an die Zahl der Ausschüßratsmitglieder im Magistrat auf zehn erhöht wird.

- Herr Kämpf ist Ausschüßrat: Amsterdamer Bank Amsterdamer Bank für Handel und Industrie, Berlin, Börse-Sandels Berlin, Berlin, Stargard-Küstriner Eisenbahn-Gesellschaft, Süddeutsche Boden-Kredit-Bank, München, Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft, Mainz, Württembergische Bankanstalt, Stuttgart; ferner: Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbahn.
- Weiter sehen wir 15 im Amt befindliche und 2 neuergewählte Stadträte der Tätigkeit als Ausschüßräte huldigen, und auch hierbei freuzen mehrfach die städtischen mit den privatkapitalistischen Interessen.
- Stadtv. Justizrat Frenzel: Deutsche Hypotheken-Bank, Berlin.
- Stadtv. Rentier Seiborn: Eisenhüttenwerk Marienhütte, Marienhütte bei Rosenaun. Städtische Verwaltungen.
- Stadtv. Kaufmann Heilmann: Berliner Brotfabrik, Berl. Weißbier-Brauerei vorm. Landr. Städtische Verwaltungen.
- Stadtv. Dr. Hermes: Direktor des Berliner Aquariums, Städtischer Fischbau.
- Stadtv. Justizrat Dr. Horwig: Deutsche Hypothekenbank, Berlin.
- Stadtv. Rentier Kreiling: Berliner Post-Brauerei, Verachtung städtischer Verwaltungen.
- Stadtv. Dr. Oscar Spillmann: Bau-Gesellschaft Wobbitz, Schöneberg-Friedenauer Torre in Gesellschaft, Terräng-Gesellschaft Groß-Lichterfelde, Bekannungs- und Bekannungsinteressen.
- Stadtv. Dr. Langerhans: Genossenschaftsbank Sögel, Barßhau u. A.
- Stadtv. Kaufm. Lucas: Berliner Lampen- und Brauereifabrik vorm. Stobwasser, Deutsche Feuer-Vericherungsgesellschaft Berlin, Maschinen- und Armaturenfabrik Magdeburg, Norddeutsche Brauerei-Aktiengesellschaft Berlin, Verpackung städtischer Verwaltungen.
- Stadtv. Justizrat Müller: Deutsche Bauereien- und Genußmittel-Fabrik Berlin, Berliner Brauerei, Bismarckhof, Aktiengesellschaft Salzherrhof, Brauerei-Hypothekens-Aktiengesellschaft Berlin, Vereinsbrauerei Hildorf, Berlin, Victoria Speicher Aktiengesellschaft Berlin, Städtische Verwaltungen und Verpackung städtischer Verwaltungen.
- Stadtv. Rentier Dr. Salf: Aktienbrauerei-Betrieb Friedrichshöhe vorm. Bahrenhofer, Verpackung städtischer Verwaltungen.
- Stadtv. Baumw. Kaufm. Greppiner Werke, Städtische Verwaltungen.
- Stadtv. Deutsche Bankdirektor Bank Berlin.
- Stadtv. Rechtsanwält. Willeke: Bazar Aktiengesellschaft, Berlin.
- Stadtv. Baumw. Kaufm. Wohlgenuth: Baugesellschaft Hundsdorff, Städtische Verwaltungen.
- Stadtv. Dr. Strud. Syndikus-Brauerei, Verpackung städtischer Verwaltungen.
- Stadtv. Rentier Vorkell: Berliner Federfabrik Aktiengesellschaft.
- Stadtv. Bankier Georg: Berlinische Feuer-Vericherungsgesellschaft, Berlin.

Dieses Bild privatkapitalistischen Einflusses in der Berliner Stadtwahlverwaltung wäre übrigens nicht vollständig, wenn wir nicht noch eines Umstandes erwähnten, der ebenfalls die „Selbstlosigkeit“ der Bourgeoisie bei Ausübung unbelohnter Ehrenämter treffend illustriert. Wir meinen die oft sehr umfangreichen Vereinstellungen einzelner Magistratsmitglieder und Stadtverordneten an die verschiedenen Zweige wie vorher, dann wohl irgendwo etwas sein, ein Stein oder ein Loch, das er vermeiden will; denn er hat sich lieb und möchte sich nicht zerbrechen. Ich weiß nicht, wie sich heute da hinter der Thür eingemallen ist, er trägt sie auf und bleibt wohl an demselben sitzen. Daß Tu nichts benehlt? Was nichts gesehen. Wasser gießt's bis an die Knie, weiter nichts.“  
Der Zug rollte weiter. Auf dem nächsten Rundwege aber, nachdem „Batalan“ mit dem Kopfe die Wetterluft gebührt hatte, machte er wieder auf derselben Stelle halt, zitterte, wie häufig, dann rief er mit ungenügender Eile die Karren weiter.  
Jeanlin, welcher die Thüre schloß, war zurückgeblieben; er blickte sich blinde auf die Hüfte, in der er watete, dann wieder seine Lampe hehend, sah er zur Türe hinauf und bemerkte, daß die Wölfer unter dem hellen leuchtenden Wasser nachgegeben hatten. Ein Schrei, den die ganze Gruppe unter dem Namen Schrot farnte, kam vorüber; denn seine Frau lag im Wochenbett, er war früher aufgebrochen als die Kameraden um zu ihr zu eilen. Auch er bedachte die schadhafte Stelle. Endlich schickte Jeanlin sich an, den Hohlweg einzuholen — als plötzlich die Wölfer herabgefallen ist. Der Schaben war höchst unbedeutend. Der Schaben war höchst unbedeutend und ihnen der Atem benahm. Die ersten, welche am Unfallsplatze anlangten, riefen andere heran. Doch auf der entgegengesetzten Seite der Gallerie, die der Einfuhr verkehrte, kamen Arbeiter zur Stelle, und man konstatierte, daß die Decke wirklich in eine Länge von zehn Metern herabgefallen ist. Der Schaben war höchst unbedeutend. Aber plötzlich schürmte es all den Männern die Brust zusammen, als aus dem Timmer ein röchelndes Stöhnen zu ihnen empordrang.  
Beher hat seinen Wagen im Stich gelassen, war zurückgeblieben und rief: „Jeanlin! Jeanlin! Jeanlin!“  
Im selben Augenblicke kam Maheu mit Johannis und Stephan. Eine wohlthätige Verapewaltung packte ihn. Doch er brachte nichts hervor wie:  
„Donnerwetter! Donnerwetter! Donnerwetter!“ (Fortsetzung folgt.)

511

### Germinial.

Sozialer Roman von Emil Jola.

(Nachdruck verboten.)

Diesen morgigen Schrei der Frau durchstürzte die Erinnerung an die eigene Kindheit und ein idyllischer Sommer lang daraus eine bittere Anklage des Geschicks, daß sie schon als Stinker zur Arbeit verdammt. Am nächsten Morgen, als Nähe und die Männer in die Grube gingen, richtete sich die Wache in ihrem Bette auf und rief Jeanlin nach:  
„Sör, Du nichtswürdiger Bengel, wenn Du Dich noch einmal unterthänig herumschleust, so bringe ich Dir die Haut vom Leib.“  
In dem neuen Arbeitsplaz Maheus lag die Kofbe in so dünner Schicht, daß die darin fließenden Häuser sich die Ellenbogen wund stießen; auch wurde es zudehntes frecher, und man fürchtete schließlich, daß ein Grundschloffer herabstürzen und die Männer fortzuschleppen könnte. Schon am vorigen Tage war Stephan, wie er keine Hute in den Stein trieb, von einem mächtigen Wallerstrahl ins Gesicht getroffen worden. Dies war eine Warnung gewesen, die man aber nicht beachtete. Der junge Mann fürchtete übrigens nicht mehr die möglichen Unfälle, sondern er dachte sich, daß er verfluchen. Stephan hörte noch, auf der Seite liegend, einen letzten Waid Röhle los, als ein ferres Donnerrollen die ganze Grube durchzitterte.  
„Was ist?“ rief er, seine Arbeit unterbrechend.  
Er hatte gemeint, die ganze Gallerie führe hinter ihm zusammen. Aber schon glitt Maheu beendigt auf den Boden hinab:  
„Ein Grundschloffer ist abgefallen.“  
Alle rollten, von gleicher Furcht gepackt, hinunter; dann rannten

er einer hinter dem anderen gestöhnter Kanfes durch die niedrige Gallerie, sah auf allen Seiten behindert, während ihre Lampen durch das greifhille Dunkel langten: „Wo? ... Von unten kom' ... Am Hohlweg wurde sein.“ Die Rufe begleiteten ihren stöhnenden Schrei. Als sie in den Hohlweg absteigen begannen, ließen sie sich alle, einer auf den anderen stehend, mit wilder Hufe hinabgleiten. Keiner hätte, sah er sich die Arme und Arme Urtib. Jeanlin, dessen Schenkel von der Bückung des vorigen Tages noch rot waren, ließ, wie gewöhnlich, nachden süßen hinter dem Schlenzige, wenn er nicht das Begeben eines Anieches fürchtete, wie er sich auf dem letzten Wagen, was den Korrenläufen verboten war, damit sie nicht einschlagen. Aber sein größtes Vergnügen war, sich, wenn der Zug auf einem Seitenwege warten mußte, ohne Lampe, bis zu seinem Freunde Beher hinanzuschleichen, und sowohl mit ein kleiner Kiste, dem er im Dunkel stöhnend ähnlich sah, mit seinem gelben gelodten Soare, seinen großen Ohren, dem spitzen Wande und den kleinen, grünleuchtenden Augen.  
Am Nachmittage hatte Maheu den beiden Knaben das Pferd „Batalan“ geschickt, während, inmitten der Bahn, blieb der Schimmel schaukelnd stehen.  
„Was hat denn der Alte, daß er nicht vorwärts will?“ rief Jeanlin. „Ich hätte mir bald das Schienbein gebrochen.“  
Sie jahren in die Seitenhänge von einem jungen Juge auszuweichen. Beher mußte „Batalan“ zurückhalten, der dem armen Pferde entgegenlachten wollte. Der Schimmel hatte am Grund seinen Kameraden „Trompette“ erkannt, für den er seit dem Tage, da er ihn in die Grube fahren sah, eine große Freundschaft und das größte Mitleid eines alten Philosophen empfand, der gerne das Schicksal seines Gefasren mitteilen möchte, indem er ihm seine Geduld und seine Ergebenheit mitteilen würde. Dem „Trompette“ affinitätliche sich schloß, zog mit Widerwillen seine Korven in die schwarzen Gänge und ließ traierend den Kopf hängen, als könne er die Sonne nicht vergessen. Darum, jedesmal, wenn „Batalan“ seinem Freund loggetete, riefte er den Hals an und wachte ihn mit väterlicher Aufmerksamkeit an.  
„Mein Welt, ichge Beher, da lesten sie sich schon wieder.“  
Dann, als „Trompette“ vorüber war, antwortete er auf Jeanlins Frage:  
„Der Alte hat eine feine Nase. Wenn er so plötzlich stillsteht,

— Krankenhäuser, Schulen, Hospitäler u. s. w. — der städtischen Verwaltung. Nehmen wir hierzu noch das oft vorerwähnte Befahren, Angehörige oder Günstlinge in städtischen Beamtenstellen unterzubringen, so bekommt man einen ungefähren Begriff davon, wozu die an sich vorzügliche Einrichtung — kommunale Selbstverwaltung im unbedingtesten Ehrenamt — durch die Verchristlichung kapitalistischer Grundbesitze fortgerückt und gemindert wird.

Nach für Halle würde es sich lohnen, die Verbindung der verschiedenen Stadtviertel mit industriellen Unternehmungen festzustellen.

### Tagesgeschichte.

**Wegen Kaiserbeleidigung** wurde in Kiel der Reichsmatrose Jensen von dem Flensburger Dampfer „Secunda“ verhaftet. Die Beleidigung soll in einer Gastwirtschaft verübt worden sein. Nachdem von zwei Handwerkern Anzeige erstattet war, erfolgte die Verhaftung an Bord des Schiffes. Ein zweiter Matrose von demselben Dampfer wurde wegen verweigertem Zeugnisabgabe gleichfalls verhaftet.

**Ein Kaiserbeleidigungsprozess** wider „Unbekannt“ wurde am Dienstag vor dem Berliner Landgericht I verhandelt. Antragssteller war eine, mehreren Familien zugewandte anonyme Druckschrift, welche Majestätsbeleidigungen enthielt. Da die Urheber unbekannt waren, so konnte auch auf keine Strafe erkannt werden; das Gericht sprach aber die Einschickung der Druckschrift und die Vernichtung der zur Herstellung erforderlichen Formen und Platten aus. Der letztere Teil des Beschlusses ist natürlich auch nicht durchführbar, da gar nicht zu ermitteln ist, wo die Formen und Platten zu suchen sind.

**Wegen Kaiserbeleidigung** ist der weltliche Pfarrer Pannkuche in Münster nun endgiltig in Untersuchung genommen worden.

**Wegen Kaiserbeleidigung** ist gegen einen Onkel in Amerongen bei Limburg, einen armen Familienvater mit 5 Kindern Anklage erhoben worden. Er hatte im Kreise mehrerer Bekannten, die er für Genossen hielt, verschiedene Stellen aus Hebel's Buch: Die Frau beprochen. Die absichtliche Denunziation über nur unbedeutende Schwärze eines der Bekannten vorlesen, konnte noch nicht festgestellt werden. Das Buch wurde neben anderen Schriften bei dem Beschuldigten, der sich übrigens keiner strafbaren Neuerung bekennt, in beschlagnahmt.

**Wegen Kaiserbeleidigung** ist Genosse Herrmann aus Stuttgart in Untersuchung genommen worden. Sie soll in einem Vortrag über Klassenstaat und Volksstaat, den Herrmann am 13. Oktober in Weinstadt hielt, enthalten sein. Verschiedene Genossen, die jener Versammlung anwohnten, sind auf Antrag der Staatsanwaltschaft Heilbronn vernommen worden.

**Patriotischer Schwundel** ist es gewesen, als die demonstrative Abhandlung des Reichstagspräsidenten v. Lepowen gegen der verweigernden Bismarckrede am 23. März d. J. in Szene gesetzt wurde. Die Karte ist anders gefaltet, als die Herren sich dachten, und bereitete ihnen die Besetzung des Präsidiums schwere Sorgen. Sie sehen ein, daß sie eine große politische Dummpflege begangen haben. Die Post räumt ein, daß man sich bei jenem patriotischen Schwundel verrechnet hat; sie schreibt:

„Die Vorarbeiten haben sehr bald gezeigt, daß wenn man unter dem unmittelbaren Einfluß der Vorgänge dieses Tages den Schwundel hatte, daß er der Ausgangspunkt für eine neue politische Base werden würde, diese Annahme nicht zuträfe, und der Akt daher eine politische Wirkung dauernder oder tieferer Art nicht hätte. Ob er unter diesen Umständen wichtig war oder nicht, ist eine Frage für sich, hat aber zur Zeit keine aktuelle Bedeutung.“

Damit vertrat die Post, daß die „große Demonstration“ vom 23. März ein Mittel zum Zweck sein sollte. Die „fittliche Enttäuung“ der Kartellverbände war Schwundel; man wollte eine „neue politische Base“ künstlich schaffen; sie sollte den Mittelpartei wieder auf die Beine helfen. Aber die „neue politische Base“ ist ausgeblieben. Zudem hat der Verlauf der letzten Reichstagsession gezeigt, daß der Wunsch im Reichstagspräsidenten nicht den geringsten störenden Einfluß auf die sachliche Erlebung der Reichstagsgeschäfte gehabt, daß auch das nach dem 23. März gewählte Reichstagspräsidium seiner geschäftlichen Aufgabe und seiner „repräsentativen Stellung“ im vollen Maße entsprochen hat. Freilich v. Buel hat sich bei Hufe nicht minder manierlich benommen, wie vor ihm Herr v. Lepowen.

**Es kreißelt.** Trotz aller Demitis erhebt sich das Gericht, es ständen Mitglieder von Ministern bevor; es kommt namentlich der Prästien Wädiker von Reichsverweseramt in Betracht.

**Der Rastenbierhandel** soll konfessionspflichtig gemacht werden. Es soll damit den „abfälligen vorkommenden Mißbräuchen in diesem mehr und mehr zunehmenden Vertrieb thunlich vorgebeugt“ werden. Das heißt, eine neue reaktionäre Maßregel soll eingeführt, und die Polizeimacht des Konfessionsvergebenden und „Verdächtigen“ davon ausschließenden Klassenstaates soll gestärkt werden!

**Die Sitzwahl** im Kreise Halle-Hersfeld ist auf den 4. Dezember anberaumt worden.

**Ein recht verständiger Bescheid** ertheilte ein Berliner Staatsanwalt in einer Untersuchungssache wegen Kaiserbeleidigung. Zwei Damen waren wegen einer Kappalle in ersten Geist gerufen, aus welchem schließlich eine Denunziation wegen angeblich beleidigender Neußerungen gegen die Kaiserin hervorhing. In dem von Staatsanwalt erhaltenen Bescheide heißt es: „Bei Ihrer Feindschaft mit der Beschuldigten, in einer Kadezeit nicht ausschließt, reicht Ihr Zeugnis zur Überführung der Beschuldigten nicht aus. Ich habe deshalb das Verfahren gegen dieselbe eingestellt.“ Könnte diese Praxis nicht in weit größerem Umfange Anwendung finden, als es bisher geschehen ist?

**Den Postoberbeamten** soll der Mindestgehalt erhöht und die Zeit des Antrittes verkürzt werden. Wenn die Postunterbeamten und Briefträger dran kommen, davon schreibt St. Stephan nichts.

**Was Interessantes** erfährt man stets, wenn sich zwei konfessionelle Blätter streiten. Das Volk des Herrn

Söder veröffentlichte kürzlich eine Ergebnisausschreibung in Berlin, die Herrn Söder „aus Ostpreußen“ zugegangen sein sollte. Dazu machten die Bismarck'schen Verl. R. Nachfolgende malitiose Bemerkung: „Hoffentlich befindet sich „in Ostpreußen“ nicht eine solche der bekanten „Setzner Rassen und Weizenfabrik von Flora Gah“. Damit war der würdige Söder ungewissig eine Hammerstein'sche Neblane befehligend. Konnte darauf das Volk, Söder's Organ, eine Erwiderung schuldig bleiben? Das Volk sieht also von Leder und versteht den Bismarck'schen Berliner R. Nachfolgenden hier:

Wir wollen nicht, ob der Verfasser des Gedichtes das mittel-parteiliche Blatt einer Neußerung würdigen wird. Jedenfalls hätten gerade die R. N. gut geheierte, die Annunziationen zu unterlassen. Ihre Diktatoren (soll heißen: Bismarck) haben wahrhaftig allen Grund zu vermeiden, daß man Geschichten aus ihrem Leben aufzählt. Sollen die Dikter es ganz verstanden haben, wie ihre Bismarck Adresse zu hande kam? Andere Leute wissen es jedenfalls noch, wie damals die Unterthänen, die freiwillig nicht in genügender Zahl eintraten, zu Hunderten und Aberhunderten aus dem Reichsbüro ausgeschieden wurden.

Was haben dazu die Bismarckdiktatoren? Die Unterthänen der Bismarck-Adresse, die man später für Geld bringen ließ, einfach aus dem Reichsbüro ausgeschrieben! Wenn Barman Reichstagsminister geworden wäre, hätte er's nicht anders machen können.

**Söder** legt die Mohnreuewäse an sich selbst fort, und zwar mit ebenso großer Frechheit wie bisher und mit ebensoviele Erfolg. Er schreibt in der neuesten Nummer seiner Kirchenzeitung, auch manche Freunde seien über den Brief (gemeint ist der berüchtigte Hammersteinbrief) bedenklich geworden, der ihn nach der Behauptung schadenfroher Gegner um den Namen eines christlichen Politikers habe bringen sollen. Aber seitdem der Schluß des Briefes endlich (!) veröffentlicht worden, hätten die Freunde besser erkannt, daß es nicht gut möglich sei, aus den Zeilen nur die Absicht der Zwietracht zu herauszufinden. Denn wenn er in betriebe des Verhältnisses zwischen Kaiser und Kanzler für den Augenblick Schweigen an jeden Preis anrate und auch für später nur das „Seyhen“ im Auge habe, so müsse jeder Nichtverblendete einräumen, daß wenigstens die Möglichkeit verläßt sei, den Brief günstig zu deuten. — Der ganze Söder!

### Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Untere Juitis hat es äußerst eilig, den Genossen Schuppel in die Arme zu schießen; Dienstag voriger Woche beschloß das Reichsgericht, die im März d. J. verurteilten Genossen in Weinstadt und der Weinstadt auch, gleich die Aufforderung bei Schuppel ein Wirt nachher Woche in Weinstadt die Strafe anzutreten.

§ Wegen Verbreitung verbotener Schriften und Ausbreitung zum Mitleiden wurden von der Strafammer in Weinstadt die Genossen H. und K. auf 3 Wochen Gefängnis, vier andere auf 30 M. Geldstrafe verurteilt, eine freigesprochen.

§ Genosse Buch aus Weinstadt i. G. wurde vom Mannheimer Schöffengericht wegen Beleidigung des Oberamts und zweier Polizeibeamten, der er sich gegenüber in der Weinstadt die Handhosen abgehoben, Volksversammlung schuldig machte, zu einer Geldstrafe von 25 M. verurteilt.

§ Aus Nürnberg wird gemeldet: Die Schließung des Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes ist durch die Polizei verhängt worden.

§ Wegen der R. N. hatten der verantwortliche Redakteur des Vorwärts, Genosse K. und der Vorliegende des Metallarbeiterverbandes B. auf 50 M. Geldstrafe, weil im Vorwärts ein Aufruf an die Metallarbeiter zur Unterhaltung von Jutis bei einem Lohnstreit veröffentlicht worden war, auf 20 M. Geldstrafe erhoben worden, der dem Schöffengericht in Berlin am Montag zur Verhandlung kam. Amtsamt Schröder erklärte, daß nach dem Urteil des Reichsgerichts vom 24. Juni d. J. derartige Veröffentlichungen als grober Unfug anzusehen seien. Die Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Verhoff und Dr. Feinmann traten entschieden für die Freisprechung ein. Es ließe das wichtige Recht der Arbeiter, das Koalitionsrecht, auf dem Spiel. Auch der Angeklagte Redakteur K. betonte die Wichtigkeit des Prozesses, der für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von einschneidender Wichtigkeit sei. Das Reichsgericht ließ sich von den eingehenden Ausführungen der Verteidiger nicht beeinflussen und verurteilte unter Aufhebung der Kosten der Staatskasse frei.

§ Das Reichsgericht verurteilt die Revision der Genossin Martha B. auf 10 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Dresdener Generalarztes Siedert auf vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

§ In Hamburg wurde gestern wegen Beleidigung des hamburger Senats durch die „Bauerzeitung“ Genosse Friedrich Meyer, als Verleger des Blattes, zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Kartellstreitigkeiten.

— Gen. v. Bismarck ist somit wieder berechtigt, daß er seit gestern an den Beratungen des bairischen Landtags teilnimmt.

— Eine neue sozialistische Tageszeitung in Paris. Wie man dem Vorwärts aus Paris mitteilt, wird demnach, spätestens Anfangs Januar, dieselbe ein täglich erscheinendes Blatt unter dem Titel „Der Sozialist“ (Der Sozialist) erscheinen.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Baden's veröffentlicht folgende Erklärung: „Verschiedene Zeitungen und Parlamentsberichte nennen Herrn Siegmüller sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten“, ebenso wird schriftlich wie mündlich die Nachbarschaft, derselbe sei bei der badischen sozialdemokratischen Kartellkonferenz in Stuttgart. Das eine wie das andere kann und darf nicht ein und nicht stattfinden, so lange Herr Siegmüller dem frankfurter Varietätsgesellschaft nicht nachgegeben ist, d. h. kein Mandat nicht niedergelegt hat, und so lange er nicht wieder in die Partei aufgenommen worden ist, und der er an ihren, auf dem vorher badischen Kartelltag einmütig ausgeschlossen worden ist.“ Freiburg i. Br. 22. November 1885. Der Landesvorstand. J. S. Haag.

Hierzu bemerkt die Rheinische Volksstimme: „Wir bringen die Erklärung zum Ausdruck, müssen aber dazu bemerken, daß erstens Herr Siegmüller nur von gegnerischen Blättern als sozialdemokratischer Abgeordneter, von der sozialdemokratischen Partei aber von Anfang an als „loiid“ bezeichnet wurde, daß zweitens ein frankfurter Varietätsgesellschaft, daß Siegmüller kein Mandat niedergelegen hätte, nicht vorliegt und daß drittens kein Mitglied Herr Siegmüller hindern kann, mit den beiden Sozialdemokraten zu stimmen, resp. sich die Position der amföhrlichen sozialdemokratischen Kartellkonferenz zu erklären. Wir müssen deshalb die Erklärung des Genossen Haag als einen Schlag ins Wasser betrachten.“

Wenn werden denn endlich die badischen Wähler, welche zum Schanden der Partei gerade lange genug geduldet haben, ein Ende nehmen?

— Der Weber Klingenberg in Steinbrunn (Schlesien), dem von Parteivorstände die Mittel zur Reparatur des Wehweises geschickt worden sind, hat sich in einem Schreiben bedankt, er wird darin, er wird jetzt, er wird vor sich genenig als Kartellkonferenz in Weinstadt in schwerer Not kam. Bekanntlich hatte die

Kartellkonferenz es abgelehnt, den Klingenberg zu unterstützen, weil er Sozialdemokrat ist.

— Agitationstour. Unglück für 25 Mitglieder des „Deutschen Arbeitervereins“ zu Bielefeld am Sonntag im Habener Strand bei der politischen Reichstagsrede gegen die Kartellkonferenz. Obwohl der Reichstag nicht in den meisten Dörfern haben nur unsere „Hoffen“ auf auf. Das Betätigungsfeld ist diesmal einen größeren Umfang, als dies in früheren Jahren üblich war. Es dehnte sich von Bielefeld bis hinunter nach Alt-Wehlath etwa 15 Stunden Weges aus. In einzelnen Orten, wo unsere Arbeit nicht alle Welt hierher, die Kartellkonferenz sollte besonnen konnte, wurden unseren Vorposten solche aufgelagt. Aber ganz ohne Erfolg sollte indes die Agitationstour doch nicht ablaufen. In 34 Stationen wurde die untere Genossen von Obermann vertrieben und vor das Bezirksamt geführt, nur wurde der Arbeiter zu 4 Markt Geldstrafe nur 150 Markt Geldstrafe, die den Genossen für den Transport verurteilt, angeblich weil die Leute sich gegen den § 43 Z. 3. R. G. verweigert. Gegen Erlegung von 26 M. wurden die verhafteten Genossen nach etwa 4 Stunden „Schuß“ mit wieder freigeschickt. Gegen diese betrübliche Betätigung ist Beschwerde eingereicht.

### Zur Arbeiterbewegung.

— Die Agitationskommission der Schneider Berlin's veröffentlichte in der Lohnkartei für Herren- und Knabenkonfektion, welche die Grundlage für die im Februar 1886 zu erwartende allgemeinen Lohnbewegung bilden sollen. Man hat in zwei Hälften eine für Beschäftigte und eine für Hausindustrielle die einzelnen Stoffe angeführt. Der Tarif enthält den Vermerk, daß für die Arbeiter in der Hausindustrie eine Erhöhung von 25 Proz. gegenüber der Beschäftigten gefordert wird. Der Mindestlohn für Träger z. B. soll mindestens 24 M. betragen. Die Forderung von Ausbube von Arbeiter hat der Zeitraum von sechs Stunden nicht überschritten. Längeres Arbeiten wird für jede angefangene Stunde pro Beion mit 40 Pf. berechnet.

— Der Streik der Barmener Holzschuhmacher ist für beendet erklärt, nachdem sämtliche Streikende anderwärts in Arbeit getreten.

— Der Ausbruch der Sattler in der Metallarbeiter-Fabrik von Schöps, Nachfolger in Schöneberg ist von einer in Schöneberg stattgehabten Volksversammlung für beendet erklärt worden. Es wurde den Streikenden, welche sich bereits über sechs Wochen im Auslande befinden, mosaitische wie auch französische Unterstützung zugesichert.

— Gen. Dr. Meißner der Metallarbeiter, der zwei Monate hindurch wachte, ist auf Grund gegenseitiger Zuständehilfe beendet.

— Und a p. p. Die Seher der meisten hiesigen Zeitungen sind wegen ihrer absichtlichen Lohrerhöhung in der Kartellkonferenz. Die betreffenden Zeitungen ertheilen in sehr geringem Umfange.

— Der Ausbruch in Belfast (England) zieht immer weitere Kreise. In New Castle hat eine abfällige berufliche Versammlung von Arbeitgebern, welche der Schiffbauvereinigungen die Nordosthälfte angehören, das Vergehen über die Arbeiter der letzten Konvention in Cardiff gebilligt und endgiltig beschlossen, sich der Vereinigung der Arbeiter im Schiffbau aufzugeben. Es streifen jetzt 10000 Mann. — In London wird die neue Vereinigung der Schiffbauarbeiter wahrscheinlich die Arbeiter der Nordsee Englands aufzudecken, ihre Arbeiter Ende der Woche auszulernen.

### Konferenz der Konfektions-Schneider und -Schneiderinnen in Erfurt.

Der Saal zum „Kardinal“ ist geräumt mit den Häften Marx und Lassalle und zwei Frauen, die Schneiderinnen und die Parteiführer. Die letztere mußte auf Anordnung des überwachenden Polizeibeamten entfernt werden. Kollege Reichhaus wandte sich entschieden gegen die Anordnung, ließ aber schließlich unter Protesten der ersten die Entfernung erdulden, die Parteiführer wurde die Fahne der Schuhmacher Erfurts angebracht.

Die Konferenz nahm am Sonntag nachmittags 3 Uhr in dem vordem geschmückten Saale des „Kardinal“ ihren Anfang und wurde vom Kollegen Reichhaus Erfurt mit einem kurzen aber sehr interessanten Vortrage eröffnet.

Nach erfolgter Prüfung wurden 24 Mandate für gültig, 2 Mandate aber für ungültig erklärt. Die Inhaber dieser Mandate sind Herren, welche durch ihr bisheriges Verhalten der ganzen Bewegung geschadet haben und bisher nur zur Freude der Konfektions-Gesellschaftsleiter arbeiten.

Die Wahl des Bureau's ergab folgendes Resultat: Reichhaus Erfurt, K. Noop Frankfurt a. M., Vorliegende, Stübmer-Damburg, Kamming Stettin Schriftführer.

Der Vorliegende teilte mit, daß folgende Orte Zuschriften gefandt haben: Karlsruhe, Bamberg, Nürnberg, Sämtliche Schreiben sprechen sich für Einführung von Vertriebsstellen aus, zugleich wünschen die besten Erfolge. Die Konferenz sieht sich eine Geschäftsordnung. Der Vorliegende Reichhaus weist mit kurzen Worten auf den Zweck der Konferenz hin, indem er betont, daß der Zweck derselben ist, die Taktik für die Konfektionsarbeiter und Schneiderinnen nach dem 1. Februar zu bestimmen. Die Konferenz wird am 13. Februar 1886 in Erfurt, die Konferenz wird in ganz Deutschland Verbreitungen stattgefunden und die ist es Aufgabe der Konferenz zu bestimmen, welche Taktik zur Verwirklichung dieser Forderungen zu befolgen ist. Die von der Konferenzkommission aufgestellten Forderungen darf man wohl als schon bewiesen ansehen. Wir lassen dieselben folgen:

1. Anerkennung von definitiv festzusetzenden Lohnkarten. Als Normtarife gelten:
  - a) Tarife für Herrenkonfektion, die enthalten: einen Tarif für Herren und einen Tarif für Exportkonfektion z.
  - b) Tarife für Damenkonfektion.
2. Die Lohnkarte werden in Geldlohn ausgegeben. Jedes Geschäft bekommt nur einen fest Produktion entsprechenden Tarif.
3. Erhöhung von Betriebsverhältnissen. Der Erdernit wird auf den 1. Februar 1886 festgelegt.
4. Einigung einer Kommission zur Austragung etwaiger Streitigkeiten, welche zu gleichen Teilen aus Konfektionsarbeitern oder deren Vertretern und andererseits aus Schneidern bestehen soll.
5. Eine anständige, eines Mannes würdige Behandlung. Hohe Adressanten oder gar Sandverhältnisse (wie sie vorgekommen) müssen unterbleiben.
6. Die genaue Abrechnung der Empfangnahmen und Ablieferungen von Arbeit. Bei länger als unzulässigen Warten wird pro Stunde 40 Pf. vergütet.
7. Mindestens wöchentliche Lohnzahlung am Schluß jeder Woche.
8. Anerkennung von Arbeitsnachweisen in Händen der Arbeiter.
9. Timm Berlin erhält als erster Redner das Wort. Er äußert kurz die Aufgaben, welche der am 13. Januar in Berlin für die Bewegung in der Konfektionsarbeiter-Industrie eingetretene fünf-Konfession überwiegen wurden und berichtet dann eingehend über die Tätigkeit dieser Kommission. Im Anschluß hieran betont Reichhaus, daß die Konfessionen sich nicht Konfession zum Vorteil der Arbeiter ausgenutzt werden müssen und stellt entsprechende Vor schläge zur Diskussion.
10. Kamming Stettin ist mit den Vorschlägen Timms einverstanden. Redner schildert die Vorgänge bei der Stettiner Lohnbewegung und betont, daß sich die Geschäftsleiter gegen eine Lohnbewegung nicht wehren, aber entschieden gegen feste Löhne. Durch die Einführung fester Löhne glauben sie sich in ihrer „Bewegungsfreiheit“ bedrückt. Ohne feste Lohnkarte hat aber die Bewegung keinen dauernden Wert. Zur Betriebsverhältnisse tritt hinzu ebenfalls ein allseitiges Interesse an der Sache. Es ist das ein Prüßelhauf zum allgemeinen Durchführungs kommt.
11. Die Konferenz schließt sich dem Vorredner an. In der Damenkonfektion sieht man genaue Kenntnis, jedoch muß mit der Konfessionsfrage, wie sie ihm geschäftlich hindert.



